



Bundeskanzleramt
Bundeskanzlerin Angela Merkel
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

Berlin, 10. Juni 2008

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

die jüngsten militärischen Angriffsdrohungen seitens der USA und Israel gegenüber dem Iran erfüllen uns mit tiefer Sorge. Als Ärzteorganisation, die sich seit über zwei Jahrzehnten in der Friedenspolitik engagiert, fordern wir Sie auf, jede Beteiligung Deutschlands an einem Militäreinsatz gegen den Iran auszuschließen. Machen Sie dem US-Präsidenten klar, dass Krieg keine Option ist. Schließen Sie eine Nutzung der in Deutschland befindlichen Militärflughäfen an einem militärischen Einsatz von vornherein aus. Geben Sie die deutliche Botschaft, dass Deutschland jegliche Kriegsbeteiligung ausschließt und sich für echte Diplomatie einsetzt.

Was meinen wir mit echter Diplomatie? Notwendig ist ein fortwährender Dialog, der die Beziehungen zwischen den Verhandlungspartnern stabilisiert und Vertrauen erzeugt. Druck durch Kriegsandrohungen wird nur dazu führen, dass der Iran seine Zusammenarbeit mit der IAEA weiter einschränken wird.

Es ist Zeit zu reden, nicht zu drohen

Im Hinblick auf die Verhandlungen mit dem Iran ist es Zeit für einen Strategiewechsel. Das bisherige Vorgehen der USA und ihrer Verbündeten hat eher die Befürworter der iranischen Atombombe bestärkt. Folgende Voraussetzungen für eine echte Diplomatie halten wir für wesentlich:

- **Grundlage für die Verhandlungen müssen Tatsachen und keine Spekulationen sein.** So hatten US-Geheimdienste in einem Bericht festgestellt, dass der Iran seine Versuche, eine Atombombe zu bauen, 2003 gestoppt habe. Trotzdem hat die internationale Atombehörde in ihrem jüngsten Bericht erneut festgestellt, dass "nach wie vor einige zentrale Fragen hinsichtlich des iranischen Atomprogramms unbeantwortet geblieben sind". Diese Sachlage erfordert starke diplomatische Bemühungen, aber keine Kriegsandrohungen.
- **Es darf keine Vorbedingungen für Verhandlungen geben.** Unter Artikel IV des Nichtverbreitungsvertrages hat der Iran das Recht, die Urananreicherung für friedliche Zwecke zu betreiben. Das iranische Volk sieht dieses Programm als ein Symbol der nationalen Souveränität und des Stolzes. Druck und Drohungen werden innerhalb der Bevölkerung die Kräfte stärken, die eher auf Eskalation setzen und nicht die moderaten Kräfte, die wir unterstützen müssen.
- Die **Stärkung der IAEA-Kontrollrechte** sollte eines der Verhandlungsziele sein. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, wie wichtig häufigere und eingehendere Inspektionen von Atomanlagen sind. Laut Christoph Bertram, ehemaliger Leiter der Stiftung Wissenschaft und Politik, sei es allenfalls möglich, dass Verhandlungen neben einem wichtigen Entspannungssignal zu erweiterten Kontrollrechten für die Internationale Atomenergie Agentur im Austausch gegen die internationale Bestätigung, dass der Iran zur Anreicherung für friedliche Zwecke befugt ist, kommen könne. ("Die Strategie ist gescheitert", Tagesspiegel, 18. Mai 2008)



Die Verhandlungen mit dem Iran müssen unserer Ansicht nach von überregionalen Strategien flankiert werden:

- **Irans Atomprogramm muss in den Kontext einer Atomwaffenfreien Zone Naher und Mittlerer Osten gestellt werden.** Unzweifelhaft hat der Iran eigene Sicherheitsbedenken im Hinblick auf die israelischen und amerikanischen Atomwaffen sowie die Verteilung der militärischen Macht im Nahen und Mittleren Osten. Eine transparente Abrüstungspolitik kann vom Iran nur eingefordert werden, wenn die Regierungen des Nahen und Mittleren Ostens in Verhandlungen eintreten mit dem Ziel einer Zone frei von Massenvernichtungswaffen im Nahen und Mittleren Osten. Dies bedeutet einen langen Pfad komplexer Verhandlungen, der die Sicherheitsinteressen aller Staaten der Region – und ausdrücklich auch Israels – bedenkt. Dennoch sollte dieser Vision im Hinblick auf die zunehmende Destabilisierung in der Region höchste Priorität eingeräumt werden.
- **Das Globale Nichtverbreitungsregime stärken.** Die Forderungen der USA und Israels an den Iran sind nicht glaubhaft, wenn man ihre eigene Politik als Maßstab nimmt. Die Amerikaner entwickeln seit Jahren neue nukleare Gefechtsköpfe und arbeiten an einem Raketenabwehrsystem, dass ein Wettrüsten anheizen wird. Mit dem jüngst geplanten US-Indien-Deal droht die USA, das internationale Vertragswerk weiter auszuhebeln. Mit der Stärkung des Globalen Nichtverbreitungsregime und der konsequenten Beachtung seiner atomaren Abrüstungsvorgaben würden die USA und ihre Verbündeten ihre Verhandlungsposition stärken.
- **Der globale und unbefristete „Krieg gegen den Terror“,** der zu einem immer größeren Erzeuger von Hass und gewalttätigen Reaktionen geworden ist, muss beendet werden und Deutschland seine Beteiligung grundsätzlich aufkündigen. Die Auseinandersetzung mit dem Terrorismus kann nicht durch Krieg erfolgen, wie die Entwicklungen eindeutig belegen, sondern bedarf der oben skizzierten diplomatischen Ansätze.

Als Ärzte haben wir uns seit Jahren mit den möglichen Konsequenzen eines Militäreinsatzes gegen den Iran auseinandergesetzt. Im Falle eines Krieges

- würde der Iran seine Bemühungen, nach der Atombombe zu greifen, eher verstärken,
- die Region Naher und Mittleren Osten weiter destabilisiert,
- die Gefahr von Terrorangriffen weltweit stark erhöht und der „War on Terror“ weiter angefacht.
- Ein militärischer Angriff auf die iranischen Atomanlagen würde eine hohe Zahl ziviler Opfer zur Folge haben und weite Teile des Irans radioaktiv verseuchen.
- Die Folgen der Destabilisierung der Region würde zu einer weltweiten Energie-Unsicherheit führen und zu erheblichen Konsequenzen für die Weltwirtschaft.

Zeigen Sie der amtierenden und der zukünftigen amerikanischen Führung, dass Deutschland in der Iran-Politik mehr Gesprächsbereitschaft sehen will und weniger Drohungen. Denn Krieg ist keine Antwort!

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Angelika Claußen
Vorsitzende der IPPNW